

Erhard Busek / Susan Milford

Die (alten) neuen Europäer: Wer sind die zukünftigen EU-Mitglieder?

Für viele Menschen hat das Europa von heute mit jenem, das noch in ihrer Schulzeit auf den Landkarten abgebildet war, im Grunde nichts mehr zu tun. Seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ 1989 haben sich die Ereignisse förmlich überschlagen und eine wahrhaft historisch einmalige Entwicklung hat ihren Lauf genommen, nämlich die Heimkehr der (alten) neuen Europäer und damit die Wiedervereinigung Europas. Dem einst geteilten Kontinent, der im Westen neue Formen der Integration – Europäische Wertegemeinschaft – entwickelte und im Osten unter dem Kommunismus litt, offenbarte sich die große Chance der Neugestaltung, die es beim Schopf zu packen galt und gilt. In unserer Nachbarschaft, wo einst noch Stacheldraht war, entstanden in Folge nicht nur Demokratien, sondern auch neue Staaten, die selbstverständlich auch Europa sind.

Die Beitrittsstaaten aus Mittel- und Osteuropa (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn) mussten seit der politischen Wende 1989 schmerzhaft Transformationsprozesse durchlaufen und gleichzeitig den schwierigen Erfordernissen eines EU-Beitritts gerecht werden, aber sie alle haben die Integration in die europäische Wertegemeinschaft trotz vieler Entbehrungen nie aus den Augen verloren und beharrlich an ihrem Ziel, dem Beitritt zur Europäischen Union, festgehalten.

Wir ÖsterreicherInnen haben allerdings manchmal vergessen, dass uns mit den Beitrittsstaaten eine gemeinsame Geschichte verbindet, merken aber, dass wir von dieser einschneidenden Veränderung in Europa wirtschaftlich profitieren. Natürlich birgt diese auch Probleme in sich, denn wie bereits J. W. Goethe schrieb: „Wo viel Licht ist, ist starker Schatten.“ Kriminalität und Terrorismus sind aber längst ein weltweites Problem, zugezogene Arbeitskräfte benötigen wir in vielen Sektoren und schließlich darf eines niemals vergessen werden: Durch den Zusammenschluss mit der Europäischen Union entsteht mehr Stabilität denn je zuvor. So gesehen ist auch der Beitritt der mediterranen Länder Malta und Zypern von großer strategischer Bedeutung.

Die europäische Integration ist ein Friedensprojekt – ein erfolgreiches – und ist auch die einzige Möglichkeit, in Hinblick auf das neue Europa diesen Frieden zu erhalten. Wir sind Zeugen einer Wiedervereinigung Europas, wie sie Geschichte und Kontinent noch nie gekannt haben.

ESTLAND (Eesti)

Fläche: 45.227 km²

Einwohnerzahl: 1,4 Mio.

Bevölkerung: Esten; 65,3 % Esten, 28,1 % Russen, 2,5 % Ukrainer, 1,5 % Weißrussen, 0,9 % Finnen

Sprachen: Estnisch (Amtssprache); Russisch, Sprachen der Minderheiten

Religion: Lutheraner; Russisch-Orthodoxe, Katholiken, Muslime, Juden

Hauptstadt: Tallinn (früher Reval)

Dieser kleinste der baltischen Staaten erreichte nach Jahrhunderten der Fremdbestimmung durch Dänen, Deutsche, Schweden und Russen 1918 erstmals die Unabhängigkeit. Die Innenpolitik und das Verhältnis zum russischen Nachbarn sind bis heute von den Auswirkungen der „Zwangsrussifizierung“ nach der Annexion durch die UdSSR im Jahr 1940 geprägt. Die Außenpolitik steht ganz im Zeichen der Integration in die westliche Staatengemeinschaft, insbesondere in die EU.

POLITIK

Politisches System: Seit 1991 Republik – Verfassung von 1992 – Parlament (Reichstag/Riigikogu) mit 101 Mitgliedern – Wahl alle 4 Jahre – Wahl des Staatsoberhauptes alle 5 Jahre durch das Parlament – Wahlrecht ab 18 Jahren.

Politische Führung: Präsident: Arnold Rüütel (EME), Regierungschef: Siim Kallas (RE), Außenministerin: Kristiina Ojuland (RE). Seit 28.1.2002 vereidigte Mitte-Links-Regierung, die aus der RE und der K besteht.

Parteien: Zentrum (K), Vaterlandsunion (I), Reformpartei (RE), Koalitionspartei (KE), Agrarunion (EME) und Vereinigte Volkspartei (EÜRP)

Verwaltung: 15 Regionen

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen: Europarat, Baltischer Rat, Ostseerat, assoziierter Partner der WEU, OSZE, Partnerschaft für den Frieden, IWF und UNO.

WIRTSCHAFT

Währung: 1 Estnische Krone (ekr) = 100 Senti; 1 Euro = 15,65 ekr

BIP: pro Kopf 2001: 9.800 Euro; Wachstum 2001: +5,0 %

Inflation: 2001: 5,6 %

Arbeitslosigkeit: 2001: 12,4 %

Beschäftigte in der Landwirtschaft: 2001: 7,1 %

PROBLEMBEREICHE MIT DER EU

Zusätzliche Bemühungen sind in den Bereichen Freizügigkeit von Personen, Fischerei, Landwirtschaft, Steuern, Sozialpolitik und Beschäftigung, Energie, Regionalpolitik, Umwelt, Zölle sowie Justiz und Inneres notwendig. Probleme gibt es hier vor allem beim Erlass der Rechtsvorschriften und der Angleichung der Rechtsvorschriften, Letzteres z. B. bei Luftqualität und Strahlenschutz. Die Integration der großen russischen Minderheit wurde gefördert, aber es müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, z. B. Anwendung der Sprachenregelung.

VERBINDENDES UND/ODER TRENNENDES ZU ÖSTERREICH

Geografische Entfernung – Mitgliedschaft in den teils selben internationalen Organisationen (UNO, OECD, Europarat, WTO, Teilnahme bei der Partnerschaft für den Frieden, OSZE).*

VERTIEFENDE INFORMATIONEN

www-Adressen:

www.datenbank-europa.de/index.htm

europa.eu.int/scadplus/citizens/de/inter.htm

www.europa-digital.de/laender/

www.europainfo.at

www.europajugend.at

Broschüren

Die Erweiterung der EU – Die EU-Beitrittskandidaten stellen sich vor, hg. v. EFB – Europäische Föderalistische Bewegung. Feldbach 2001

Die Broschüre ist kostenlos zu bestellen bei: EFB-Europäische Föderalistische Bewegung
8330 Feldbach, Jahnweg 5
Tel.: +43 03152/2497 Fax: DW 14, E-Mail: die.europaer@europajugend.at

LETTLAND (Latvija)

Fläche: 64.589 km²

Einwohnerzahl: 2,4 Mio.

Bevölkerung: Letten; 57,6 % Letten, 29,6 % Russen, 4,1 % Weißrussen, 2,7 % Ukrainer, 2,5 % Polen, 1,4 % Litauer, 2,1 % Sonstige

Sprachen: Lettisch (Amtssprache); Russisch, Sprachen der Minderheiten

Religion: 55 % Lutheraner, 24 % Katholiken, 9 % Russisch-Orthodoxe

Hauptstadt: Rīga (Riga)

Die Geschichte dieses baltischen Staates wurde ein Jahrtausend lang von den wechselnden Großmächten an seinen Grenzen bestimmt, dem Deutschen Reich, Polen, Schweden und Russland. 1918 entstand erstmals ein unabhängiger Staat, der aber 1940 von der UdSSR annektiert wurde. Der Untergang des übermächtigen Nachbarn im Osten ermöglichte 1991 den erneuten Gang in die Unabhängigkeit.

POLITIK

Politisches System: Republik seit 1991 – Verfassung von 1922 seit 1993 wieder in Kraft, mit Änderungen von 1997 – Parlament (Saeima) mit 100 Mitgliedern, – Wahl alle 4 Jahre – Wahl des Staatsoberhauptes alle 4 Jahre durch Parlament (einmalige Wiederwahl) – Wahlrecht ab 18 Jahren.

Politische Führung: Staatsoberhaupt: Vaira Vīķe-Freiberga (parteilos); Regierungschef: Einars Repse (JL); Außenministerin Sandra Kalniete (parteilos); Koalition von JL mit LPP, Grünen und Bauernunion und TB/LNNK.

Parteien: Neue Ära (JL), Volkspartei (TP), Union für Vaterland und Freiheit (TB/LNNK), Partei der Volkseintracht (TSP), Lettlands Erste Partei (LPP), Grüne und Bauernunion (Zāle un Zemnieku); Nach der Wahl im Oktober 2002 nicht im Parlament vertreten: Lettische Sozialdemokratische Union, Lettlands Weg (LC).

Verwaltung:

26 Distrikte und 7 Stadtverwaltungen

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen: Europarat, Ostseerat, assoziierter Partner der WEU, Baltischer Rat, OSZE, IWF, Partnerschaft für den Frieden, UNO

WIRTSCHAFT

Währung: 1 Lats (Ls) = 100 Santims; 1 Euro = 0,596 Ls

BIP: pro Kopf 2001: 7.700 Euro, Wachstum 2001: +7,7 %

Inflation: 2001: 2,5 %

Arbeitslosigkeit: 2001: 13,1 %

Beschäftigte in der Landwirtschaft: 2001: 15,1 %

PROBLEMBEREICHE MIT DER EU

Probleme gibt es bei der Bekämpfung der Korruption, Integration von Angehörigen der russischen Bevölkerungsgruppe und der Anwendung des Sprachgesetzes. Größte Herausforderung ist die Schaffung von ausreichenden Verwaltungskapazitäten. Nachholbedarf besteht in der

Lebensmittelsicherheit und im Veterinärbereich. Die Rechtsangleichung auf dem Gebiet der Migration, Geldwäsche und für das Schengen-Abkommen muss verstärkt werden. Große russische Minderheit.

VERBINDENDES UND/ODER TRENNENDES ZU ÖSTERREICH

Geografische Entfernung – Religion (24 % Katholiken)* – Mitgliedschaft in den teils selben internationalen Organisationen (hier noch einfügen)

VERTIEFENDE INFORMATIONEN

www-Adressen:

www.datenbank-europa.de/index.htm
europa.eu.int/scadplus/citizens/de/inter.htm
www.europa-digital.de/laender/
www.europainfo.at
www.europajugend.at

Broschüren

Die Erweiterung der EU – Die EU-Beitrittskandidaten stellen sich vor, hg. v. EFB – Europäische Föderalistische Bewegung. Feldbach 2001

Die Broschüre ist kostenlos zu bestellen bei: EFB-Europäische Föderalistische Bewegung
8330 Feldbach, Jahnweg 5
Tel.: +43 03152/2497 Fax: DW 14, E-Mail: die.europaer@europajugend.at

LITAUEN (Lietuva)

Fläche: 65.301 km²

Einwohnerzahl: 3,5 Mio.

Bevölkerung: Litauer; 81,4 % Litauer, 8,3 % Russen, 6,9 % Polen, 1,5 % Weißrussen, 1,0 % Ukrainer

Sprachen: Litauisch (Amtssprache); Russisch, Polnisch, Belorussisch u. a.

Religion: 78 % Katholiken; Russisch-Orthodoxe, Muslime, Protestanten u. a.

Hauptstadt: Vilinius (Wilna)

Litauen stieg im Kampf gegen den Deutschen Orden zur Großmacht im Ostseeraum auf und vereinigte sich 1386 in Personalunion mit Polen zum größten Flächenstaat Europas. 1569 musste es sich der polnischen Alleinherrschaft fügen und geriet mit den Teilungen Polens Ende des 18. Jhs. unter russische Kontrolle. Eine neuerliche Souveränitätsphase ab 1918 währte nur kurz, da die UdSSR 1940 Litauen annektierte. Ende der 1980er-Jahre hatte Litauen gemeinsam mit anderen baltischen Staaten entscheidenden Anteil an der Auflösung der UdSSR und erreichte 1991 seine Unabhängigkeit.

POLITIK

Politisches System: Republik seit 1991 – Verfassung von 1992 – Parlament (Seimas) mit 141 Mitgliedern – Wahl alle 4 Jahre – Direktwahl des Staatsoberhauptes alle 5 Jahre (einmalige Wiederwahl).

Politische Führung: Staatsoberhaupt: Valdas Adamkus (parteilos); Regierungschef: Algirdas Brazauskas (LSDP); Außenminister: Antanas Valionis (Neue Union); Koalition aus LSDP, Neuer Union und Unabhängigen.

Parteien: Sozialdemokratische Koalition aus Demokratischer Arbeiterpartei (LDDP) und Sozialdemokratischer Partei (LSDP), Liberale Union, Neue Union, Sozialliberale, Vaterlandsunion (TSLK), Christdemokratische Partei (LKDP), Zentrumsunion (LCS), Polnische Union (LLRA), Unabhängige (seit 8.10.2000 4 Sitze im Parlament)

Verwaltung: 10 Bezirke

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen: Ostseerat, Europarat, assoziierter Partner der WEU, Baltischer Rat, OSZE, Partnerschaft für den Frieden, IWF, UNO

WIRTSCHAFT

Währung: 1 Litas (LTL) = 100 Centas; 1 Euro = 3,4528 LTL

BIP: pro Kopf 2001: 8.700 Euro; Wachstum 2001: +5,9 %

Inflation: 2001: 1,3 %

Arbeitslosigkeit: 2001: 16,5 %

Erwerbstätige in der Landwirtschaft: 2001: 16,5 %

PROBLEMBEREICHE MIT DER EU

Probleme gibt es in der Fischerei, der Statistik und der Umwelt. Die Leistungsfähigkeit der litauischen Verwaltungsbehörden steht noch auf sehr schwachen Füßen, insbesondere wenn es darum geht, den gemeinsamen Besitzstand, vor allem im Binnenmarkt und in Politikbereichen der Gemeinschaft, wirksam um- bzw. durchzusetzen. Die Arbeit von Richtern und Staatsanwälten ist verbesserungswürdig, die Dauer von Gerichtsverfahren muss verkürzt und die Durchsetzung von Urteilen gesichert werden. Besondere Aufmerksamkeit erfordert die effiziente Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit. Die EU-Kommission hat Hilfe bei der Stilllegung des AKW Ignalina bis 2009 zugesagt. Probleme mit Russland aufgrund der Exklave Kaliningrad, vorläufige Einigung wurde erzielt.

VERBINDENDES UND/ODER TRENNENDES ZU ÖSTERREICH

Geografische Entfernung – einst gemeinsame Grenze mit Polen-Litauen – Religion (sehr hoher Prozentsatz an Katholiken) – Mitgliedschaft in den teils selben internationalen Organisationen

VERTIEFENDE INFORMATIONEN

www-Adressen:

www.datenbank-europa.de/index.htm

europa.eu.int/scadplus/citizens/de/inter.htm

www.europa-digital.de/laender/

www.europainfo.at

www.europajugend.at

Broschüren

Die Erweiterung der EU – Die EU-Beitrittskandidaten stellen sich vor, hg. v. EFB – Europäische Föderalistische Bewegung. Feldbach 2001

Die Broschüre ist kostenlos zu bestellen bei: EFB-Europäische Föderalistische Bewegung

8330 Feldbach, Jahnweg 5

Tel.: +43 03152/2497 Fax: DW 14, E-Mail: die.europaer@europajugend.at

MALTA (Malta)

Fläche: 315,6 km²

Einwohnerzahl: 0,3 Mio.

Bevölkerung: Malteser

Sprachen: Amtssprachen: Maltesisch (arabisches Kreol), Englisch; Italienisch als Umgangssprache

Religion: 94,4 % Katholiken

Hauptstadt: Valletta

Der aus den Inseln Malta, Gozo und Comino bestehende Inselstaat im Mittelmeer wurde nacheinander von Phöniziern, Römern, Byzantinern, Arabern, Normannen, Kreuzrittern und Briten beherrscht. Die Unabhängigkeit erlangte Malta erstmals 1964.

POLITIK

Politisches System: Republik (im Commonwealth) seit 1974 – Verfassung von 1974 mit Änderungen 1987 – Parlament mit 65, max. 69 (Bonus-Regel) Mitgliedern – Wahl alle 5 Jahre – Wahl des Staatsoberhauptes durch das Parlament alle 5 Jahre – Wahlrecht ab 18 Jahren.

Politische Führung: Staatsoberhaupt: Guido de Marco (PN); Regierungschef: Edward Fenech Adami (PN); Außenminister: Joe Borg (PN);

Parteien: Partit Nazzjonalista (PN), Malta Labour Party (MLP)

Verwaltung: 6 Bezirke mit 60 Gemeinden

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen: Europarat, IWF, WTO

WIRTSCHAFT

Währung: 1 Maltesische Lira (Lm) = 100 Cent; 1 Euro = 0,4183 Lm

BIP: pro Kopf 2001: 11.700 Euro; Wachstum 2001: -0,8 %

Inflation: 2001: 2,5 %

Arbeitslosigkeit: 2001: 6,5 %

Erwerbstätige in der Landwirtschaft: 2001: 2,2 %

PROBLEMBEREICHE MIT DER EU

Die Reduzierung der Haushaltsverschuldung und eine Reform der öffentlichen Ausgaben sowie mehr Fortschritte bei der Umstrukturierung defizitärer Staatsbetriebe sind notwendige Schritte. Es müssen die Bereiche Fischerei (Überwachung von Fischereifahrzeugen), Freizügigkeit (Rechte der BürgerInnen und Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen), Landwirtschaft (Aufbau der Zahlungsstellen), Verkehr (Straßen- und Seeverkehr) und Sozialpolitik (Arbeitsrecht und Chancengleichheit von Frauen und Männern) verstärkt in Angriff genommen werden.

VERBINDENDES UND/ODER TRENNENDES ZU ÖSTERREICH

Geografische Entfernung – Religion (sehr hoher Prozentsatz an Katholiken) – die Römer haben auch hier ihre Spuren hinterlassen (z. B. Ausgrabungen bzw. Ausgrabungsstätten etc.) – Malteserorden ist auch in Österreich tätig – Mitgliedschaft in den teils selben internationalen Organisationen (Europarat und WTO)

VERTIEFENDE INFORMATIONEN

www-Adressen:

www.datenbank-europa.de/index.htm

europa.eu.int/scadplus/citizens/de/inter.htm

www.europa-digital.de/laender/

www.europainfo.at

www.europajugend.at

Broschüren

Die Erweiterung der EU – Die EU-Beitrittskandidaten stellen sich vor, hg. v. EFB – Europäische Föderalistische Bewegung. Feldbach 2001

Die Broschüre ist kostenlos zu bestellen bei: EFB-Europäische Föderalistische Bewegung

8330 Feldbach, Jahnweg 5

Tel.: +43 03152/2497 Fax: DW 14, E-Mail: die.europaer@europajugend.at

POLEN (Polska)

Karte

Fläche: 312.685 km²

Einwohnerzahl: 38,6 Mio.

Bevölkerung: Polen; 78,7 % Polen; nationale Minderheiten: u. a. 300.000–500.000 Deutsche, 300.000 Ukrainer, 200.000 Weißrussen; Minderheiten von Roma, Litauern, Slowaken, Armeniern, Kaschuben, Tataren, Tschechen

Sprachen: Polnisch, Sprachen der Minderheiten

Religion: 95,8 % Römisch-Katholisch, 573.200 Polnisch-Orthodoxe, 267.700 Protestanten, 80.200 Altkatholiken, Minderheit von Juden

Hauptstadt: Warszawa (Warschau)

„Nie damy się“ – „Wir lassen uns nicht unterkriegen“ – lautete das Motto der PolInnen für den Widerstand gegen Hitler, und das gilt für die gesamte polnische Geschichte, in der die Bedrohung durch übermächtige Gegner ständig präsent war. So überstand das polnische Volk vier Teilungen, 123 Jahre fehlende staatliche Souveränität, die nationalsozialistische Besatzung während des Zweiten Weltkrieges sowie ideologische und militärische Bevormundung in den Zeiten des Sozialismus.

POLITIK

Politisches System: Republik seit 1918 – Verfassung von 1997 – Parlament (Sejm) mit 460 Mitgliedern und Senat mit 100 Mitgliedern – Wahl alle 4 Jahre – Direktwahl des Staatsoberhauptes alle 5 Jahre (einmalige Wiederwahl) – Wahlrecht ab 18 Jahren.

Politische Führung: Staatsoberhaupt: Aleksander Kwasniewski; Regierungschef: Leszek Miller (SLD); seit 2001 Koalition aus SLD, UP und PSL.

Parteien: Bündnis der demokratischen Linken (SLD), Bürgerplattform (PO), Partei der Selbstverteidigung (S), Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Bauernpartei (PSL), Liga polnischer Familien (LPR), Vertreter der Deutschen Minderheit, Wahlaktion der Gewerkschaft Solidarność (AWS), Freiheitsunion (UW), Nationalkonservative (ROP)

Verwaltung: 16 Bezirke

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen: Europarat, CEFTA (Central European Free Trade Agreement), CEI, Ostseerat, OSZE, assoziierter Partner der WEU, Beobachter im Schwarzmeer-Kooperationsrat, OECD, IWF, UNO, WTO, Partnerschaft für den Frieden, NATO

WIRTSCHAFT

Währung: 1 Złoty (Zł) = 100 Groszy

BIP: 2001: 355,5 Mrd.; 2001: +1,1

Inflation: 2001: 5,3 %

Arbeitslosigkeit: 2001: 18,4 %

Erwerbstätige in der Landwirtschaft: 2001: 19,2 %

PROBLEMBEREICHE MIT DER EU

Weitere Anstrengungen zur Schaffung und Stärkung der Verwaltungskapazität sind in den Bereichen Marktüberwachung, Landwirtschaft, Fischerei, Regionalpolitik, Soziales, Umwelt, Zoll, Justiz und Inneres erforderlich. Die Korruptionsbekämpfung muss vorangetrieben werden. Die Restrukturierung und Privatisierung ist in einigen Bereichen noch nicht abgeschlossen, z. B. Schwerindustrie und Landwirtschaft.

VERBINDENDES UND/ODER TRENNENDES ZU ÖSTERREICH

Geografische Nähe und Lage – Sprache (gegenseitige Beeinflussung der deutschen und der slawischen Sprachen) – Religion (sehr hoher Prozentsatz an Katholiken) – König Johann III. Sobieski (1683 Befreiung Wiens von der Belagerung der Türken) – einst gemeinsame Grenze mit Polen-Litauen – Galizien – Deutscher Angriff auf Polen 1939 – Mitgliedschaft in den teils selben internationalen Organisationen – besonders große Bedeutung der Landwirtschaft

VERTIEFENDE INFORMATIONEN

www-Adressen:

www.datenbank-europa.de/index.htm
europa.eu.int/scadplus/citizens/de/inter.htm
www.europa-digital.de/laender/
www.europainfo.at
www.europajugend.at

Broschüren

Die Erweiterung der EU – Die EU-Beitrittskandidaten stellen sich vor, hg. v. EFB – Europäische Föderalistische Bewegung. Feldbach 2001

Die Broschüre ist kostenlos zu bestellen bei: EFB-Europäische Föderalistische Bewegung
8330 Feldbach, Jahnweg 5
Tel.: +43 03152/2497 Fax: DW 14, E-Mail: die.europaer@europajugend.at

SLOWAKEI (Slovensko)

Fläche: 49.034 km²

Einwohnerzahl: 5,4 Mio.

Bevölkerung: Slowaken; 85,8 % Slowaken, 9,7 % Ungarn, 1,7 % Roma, 0,8 % Tschechen, 0,4 % Ruthenen, 0,2 % Ukrainer, 0,1 % Deutsche, Polen u. a.

Sprachen: Slowakisch (Amtssprache); Ungarisch, Tschechisch u. a. Sprachen der Minderheiten

Religion: 68,9 % römisch-katholisch, 4,1 % griechisch-katholisch, 0,9 % orthodox; 15 % Protestanten, 2,0 % Reformierte Christliche Kirche, 0,6 % Sonstige

Hauptstadt: Bratislava (Pressburg)

Das Gebiet der Slowakei war über tausend Jahre eine Provinz des Königreichs Ungarn, bevor es 1918 mit Böhmen und Mähren gemeinsam einen Staat (Tschechoslowakei) bildete. Konflikte zwischen Tschechen und Slowaken belasteten die politische Entwicklung des Bundes. 1939–1945 war die Slowakei ein formal unabhängiger Vasallenstaat des nationalsozialistischen Deutschland, bevor sie im Rahmen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) dem sowjetischen Machtbereich unterstellt wurde. Nach dem Sturz des kommunistischen Regimes 1989 erreichten nationale Kräfte 1993 die Unabhängigkeit der Slowakei.

POLITIK

Politisches System: Republik seit 1993 – Verfassung von 1993, letzte Änderung 2001 – Parlament (Nationalrat) mit 150 Mitgliedern – Wahl alle 4 Jahre – Direktwahl des Staatsoberhauptes alle 5 Jahre (einmalige Wiederwahl) – Wahlrecht ab 18 Jahren.

Politische Führung: Staatsoberhaupt: Rudolf Schuster (SOP); Regierungschef: Mikuláš Dzurinda (SDKU-Vorsitzender); Außenminister: Eduard Kukan (SDK)

Parteien: Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS), Slowakische Demokratische Koalition (SDK), Partei der Demokratischen Linken (SDL), Partei der ungarischen Koalition (SMK), Slowakische Nationalpartei (SNS), Partei der bürgerlichen Verständigung (SOP), Demokratische Union (DU), Arbeitervereinigung (ZRS)

Verwaltung: 8 Bezirke

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen: Europarat, CEFTA, CEI, assoziierter Partner der WEU, OSZE, IWF, WTO, UNO, Partnerschaft für den Frieden

WIRTSCHAFT

Währung: 1 Slowakische Krone (Sk) = 100 Heller; 1 Euro = 44,305 Sk

BIP: pro Kopf 2001: 11.100 Euro; Wachstum 2001: +3,3 %

Inflation: 2001: 10,8 %

Arbeitslosigkeit: 2001: 19,4 %

Erwerbstätige in der Landwirtschaft: 2001: 6,3 %

PROBLEMBEREICHE MIT DER EU

Besonders hohe Aufmerksamkeit ist den Strukturen, die nach dem Beitritt anwendbar sind, zu widmen. Das Land muss die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit der Verwaltungsstruktur sicherstellen, vor allem in Hinblick auf die einheitliche und zuverlässige Umsetzung des Besitzstandes. Die Korruption, die Lage der Minderheiten, wie z. B. der Roma, und die Arbeitslosigkeit erfordern ebenfalls weitere Anstrengungen.

VERBINDENDES UND/ODER TRENNENDES ZU ÖSTERREICH

Geografische Nähe und Lage – gemeinsame Grenze – Donau – einst Teil der Monarchie – Sprache (gegenseitige Beeinflussung der deutschen und der slawischen Sprachen) – Religion (anteilmäßig ca. so viele Katholiken wie in Österreich) – Mitgliedschaft in den teils selben internationalen Organisationen – Pendlerproblematik – Wien und Bratislava: Hauptstädte mit geringster Entfernung voneinander – Einkaufstourismus

VERTIEFENDE INFORMATIONEN

www-Adressen:

www.datenbank-europa.de/index.htm

europa.eu.int/scadplus/citizens/de/inter.htm

www.europa-digital.de/laender/

www.europainfo.at

www.europajugend.at

Broschüren

Die Erweiterung der EU – Die EU-Beitrittskandidaten stellen sich vor, hg. v. EFB – Europäische Föderalistische Bewegung, Feldbach 2001

Die Broschüre ist kostenlos zu bestellen bei: EFB-Europäische Föderalistische Bewegung

8330 Feldbach, Jahnweg 5

Tel.: +43 03152/2497 Fax: DW 14, E-Mail: die.europaer@europajugend.at

SLOWENIEN (Slovenija)

Fläche: 20.253 km²

Einwohnerzahl: 2,0 Mio.

Bevölkerung: Slowenen; 87,8 % Slowenen, 2,8 % Kroaten, 2,4 % Serben sowie Minderheiten von Ungarn, Mazedoniern, Montenegrinern, Albanern, Italienern, Deutschen

Sprachen: Slowenisch (Amtssprache), Kroatisch, Ungarisch, Italienisch u. a.

Religion: 74,2 % Christen (davon 70,8 % Katholiken), 1,5 % Muslime, u. a.

Hauptstadt: Ljubljana (Laibach)

Slowenien war früh in die westliche einbezogen. Nach einer Geschichte, die von Teilung und wechselnden Herrschaften dominiert war, entstand 1991 der erste slowenische Nationalstaat im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens.

POLITIK

Politisches System: Republik seit 1991 – Verfassung von 1991, geändert 2000 – Parlament: Staatsversammlung (Državni Zbor) mit 90 Mitgliedern (88 direkt gewählt sowie je ein Vertreter der ungarischen und italienischen Minderheit) und Staatsrat (Državni Svet) mit 40 Mitgliedern (22 direkt gewählt) – Wahl alle 4 bzw. 5 Jahre – Direktwahl des Staatsoberhauptes alle 5 Jahre (einmalige Wiederwahl) – Wahlrecht ab 18 Jahren.

Politische Führung: Staatsoberhaupt: Janez Drnovšek (LDS); Regierungschef: Anton Rop (LSD); Außenminister: Dimitrij Rupel (LSD)

Parteien: Liberaldemokraten (LDS), Sozialdemokratische Partei (SDS), Vereinigte Liste der Sozialdemokraten (ZLSD), Slowenische Volkspartei (SLS) und Christdemokraten (SKD), Neue Christliche Volkspartei (NSi), Demokratische Partei der Pensionäre (DESUS), Slowenische Nationalpartei (SNS), Partei der Jugend (SMS)

Verwaltung: 148 Gemeinden

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen: Europarat, CEFTA, assoziierter Partner der WEU, OSZE, CEI, UNO, Partnerschaft für den Frieden, IWF, WTO, OECD

WIRTSCHAFT

Währung: 1 Tolar (SIT) = 100 Stotin; 1 Euro = 226,3098 SIT

BIP: pro Kopf 2001: 16.000 Euro; Wachstum 2001: +3,0 %

Inflation: 2001: 8,6 %

Arbeitslosigkeit: 2001: 5,7 %

Erwerbstätige in der Landwirtschaft: 2001: 9,9 %

PROBLEMBEREICHE MIT DER EU

Muss sich um die Verbesserung seiner Verwaltungskapazität bemühen, insbesondere in den Bereichen freier Dienstleistungsverkehr, Landwirtschaft, Fischerei, Schienenverkehr, Energie, Umwelt, Telekommunikation, Kultur, Verbraucher- und Gesundheitsschutz, Justiz und Inneres. Die Privatisierung und die wirtschaftliche Öffnung des Landes muss verstärkt vorangetrieben werden.

VERBINDENDES UND/ODER TRENNENDES ZU ÖSTERREICH

Geografische Nähe und Lage – gemeinsame Grenze – einst Teil der Monarchie – Besetzung durch Deutschland (1941) – Sprache (gegenseitige Beeinflussung der deutschen und der slawischen Sprachen) – Religion (anteilmäßig ca. so viele Katholiken wie in Österreich) – Mitgliedschaft in den teils selben internationalen Organisationen – slowenische Minderheit in Österreich – gemeinsame Region Alpe Adria

VERTIEFENDE INFORMATIONEN

www-Adressen:

www.datenbank-europa.de/index.htm

europa.eu.int/scadplus/citizens/de/inter.htm

www.europa-digital.de/laender/

www.europainfo.at

www.europajugend.at

Broschüren

Die Erweiterung der EU – Die EU-Beitrittskandidaten stellen sich vor, hg. v. EFB – Europäische Föderalistische Bewegung. Feldbach 2001

Die Broschüre ist kostenlos zu bestellen bei: EFB-Europäische Föderalistische Bewegung
8330 Feldbach, Jahnweg 5

Tel.: +43 03152/2497 Fax: DW 14, E-Mail: die.europaer@europajugend.at

TSSCHECHISCHE REPUBLIK (Česká Republika)

Fläche: 78.866 km²

Einwohnerzahl: 10,2 Mio.

Bevölkerung: Tschechen; 90,3 % Tschechen, 3,7 % Mährer, 1,9 % Slowaken, 0,5 % Polen, 0,4 % Deutsche, 0,2 % Ukrainer, 0,1 % Roma

Sprachen: Tschechisch (Amtssprache); Slowakisch, Polnisch, Deutsch u. a. Sprachen der Minderheiten

Religionen: 26,7 % Katholiken, Minderheiten von Protestanten, 59 % konfessionslos

Hauptstadt: Praha (Prag)

Kelten, Romanen und Slawen siedelten in den Regionen von Mähren und Böhmen, die im Mittelalter Teil des Heiligen Römischen Reiches waren. Über Jahrhunderte prägte das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen die politische, ökonomische und kulturelle Entwicklung des Landes wie auch seine Lage in der Mitte Europas. Der „Prager Fenstersturz“ als Auslöser des Dreißigjährigen Krieges, nationalsozialistische Gewaltherrschaft und später die Vertreibung der Sudetendeutschen wie auch der „Prager Frühling“ hinterließen ihre Spuren in der europäischen Geschichte. 1989 leitete schließlich die „samtene Revolution“ die Integration in westliche Bündnisse ein.

POLITIK

Politisches System: Republik seit 1993 – Verfassung von 1993, letzte Änderung 2000 – Parlament: Repräsentantenhaus (Poslanecká sněmovna) mit 200 alle 4 Jahre gewählten Mitgliedern und Senat mit 81 Mitgliedern – Wahl alle 6 Jahre (Neuwahl von 1/3 der Senatoren alle 2 Jahre) – Wahl des Staatsoberhauptes durch das Parlament alle 5 Jahre (einmalige Wiederwahl) – Wiederwahl ab 18 Jahren.

Politische Führung: Staatsoberhaupt: Václav Havel (parteilos) war ab 1993 zwei Amtsperioden lang Präsident und hat vor kurzem erst sein Amt zurückgelegt. Václav Klaus ist ihm als Staatsoberhaupt nachgefolgt. Regierungschef: Vladimír Špidla (ČSSD); Außenminister: Cyril Svoboda (KDU-ČSL)

Parteien: Sozialdemokraten (ČSSD), Demokratische Bürgerpartei (ODS), Kommunisten (KSČM), Christlich-Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei (KDU-ČSL), Freiheitsunion (US)

Verwaltung: 14 Bezirke

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen: Europarat, CEFTA, assoziierter Partner der WEU, OSZE, CEI, OECD, Partnerschaft für den Frieden, IWF, WTO, UNO, NATO

WIRTSCHAFT

Währung: 1 Tschechische Krone (Kč) = 100 Heller; 1 Euro = 29,260 Kč

BIP: pro Kopf 2001: 13.300 Euro; Wachstum 2001: +3,3 %

Inflation: 2001: 4,5 %

Arbeitslosigkeit: 2001: 8,0 %

Erwerbstätige in der Landwirtschaft: 2001: 4,6 %

PROBLEMBEREICHE MIT DER EU

Verzögerungen gibt es beim Abschluss der Rechtsangleichung in den Bereichen öffentliches Auftragswesen, gegenseitige Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise, Veterinärmedizin, Mehrwertsteuern und Verbrauchssteuern. Die staatliche Verwaltung muss gestärkt werden, der Kampf gegen Korruption und Wirtschaftskriminalität verbessert werden.

VERBINDENDES UND/ODER TRENNENDES ZU ÖSTERREICH

Geografische Nähe und Lage – gemeinsame Grenze – einst Teil der Monarchie – Sprache (gegenseitige Beeinflussung der deutschen und der slawischen Sprachen) – Literatur (Kafka, Werfel etc.) – Religion (sehr hoher Prozentsatz konfessionslos, viel weniger Katholiken als in Österreich) – Mitgliedschaft in den teils selben internationalen Organisationen – Konflikt um das AKW Temelin: Österreich ist ein atomkraftfreies Land und hat mit dem AKW Temelin ein nahes umstrittenes AKW knapp an seiner Grenze – Beneš-Dekrete: hier zeigen sich die unterschiedlichen historischen Narrative und Erinnerungen (siehe dazu auch den Beitrag von Coudenhove-Kalergi i. d. B.) – gemeinsame Küche (gegenseitige Beeinflussung) – Tschechen in Wien – tschechische Minderheit in Österreich – deutsche Minderheit in Tschechien – Einkaufstourismus (z. B. Brunn oder Znam)

Autorin/Autor Erhard Busek / Susan Milford • Titel: Die (alten) neuen Europäer: Wer sind die zukünftigen EU-Mitglieder?

Quelle Print: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 47-57 • Quelle online: www.demokratiezentrum.org

VERTIEFENDE INFORMATIONEN

www-Adressen:

www.datenbank-europa.de/index.htm
europa.eu.int/scadplus/citizens/de/inter.htm
www.europa-digital.de/laender/
www.europainfo.at
www.europajugend.at

Broschüren

Die Erweiterung der EU – Die EU-Beitrittskandidaten stellen sich vor, hg. v. EFB – Europäische Föderalistische Bewegung. Feldbach 2001

Die Broschüre ist kostenlos zu bestellen bei: EFB-Europäische Föderalistische Bewegung
8330 Feldbach, Jahnweg 5
Tel.: +43 03152/2497 Fax: DW 14, E-Mail: die.europaer@europajugend.at

UNGARN (Magyarország)

Fläche: 93.030 km²

Einwohnerzahl: 10,2 Mio.

Bevölkerung: Ungarn; 96,6 % Ungarn; Minderheiten: Roma (ca. 600.000), Deutsche, Kroaten, Rumänen u. a.

Sprachen: 98,5 % Ungarisch (Amtssprache); 0,5 % Romani, 0,4 % Deutsch, 0,2 % Kroatisch, 0,1 % Slowakisch, 0,1 % Rumänisch u. a.

Religion: 51,9 % römisch-katholisch, 15,9 % reformiert-kalvinistisch, 3 % evangelisch-lutherisch, 2,6 % griechisch-katholisch, 0,1 % Juden, 14,5 % konfessionslos, Muslime

Hauptstadt: Budapest

Die Ungarn mussten nach ihrem Übertritt zum römisch-katholischen Glauben ihren Platz unter den Nationen in Europa erkämpfen. Ungarn erlebte in seiner Geschichte immer wieder Teilungen und lange Perioden der Unterdrückung durch Fremdherrschaft. Unter den Habsburgern konnte Ungarn allerdings einen Ausgleich erreichen (Doppelmonarchie). 1949 wurde Ungarn Volksrepublik im Zeichen des Sozialismus und zählte zum sog. Ostblock. Nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ entwickelte sich Ungarn zu einem sehr fortschrittlichen mittelosteuropäischen Reformland und beschritt beharrlich den Weg der Westintegration. Aufgrund der zahlreichen in den Nachbarländern lebenden ungarischen Minderheiten ist Ungarn um eine Politik der guten Nachbarschaft bemüht.

POLITIK

Politisches System: Republik seit 1918 – Verfassung von 1949, letzte Änderung 1989 – Nationalversammlung (Országgyűlés) mit 386 Mitgliedern – Wahl alle 4 Jahre – Wahl des Staatsoberhauptes alle 5 Jahre durch das Parlament (einmalige Wiederwahl) – Wahlrecht ab 18 Jahren.

Politische Führung: Staatsoberhaupt: Ferenc Mádli (parteilos); Regierungschef: Péter Medgyessy (MSZP); Außenminister: László Kovács (MSZP); Koalition von MSZP und SzDSz.

Parteien: Bund der Jungen Demokraten – Bürgerliche Partei (FIDESz-MPP), Demokratisches Forum (MDF), Sozialistische Partei (MSZP), Bund Freier Demokraten (SzDSz), Unabhängige Partei der Kleinlandwirte (FKgP), Partei der Ungarischen Gerechtigkeit und Wahrheit (MIÉP) – ist derzeit nicht im Parlament vertreten.

Verwaltung: 19 Komitate und die Hauptstadt

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen: Europarat, CEFTA, OSZE, assoziierter Partner der WEU, OECD, IWF, WTO, UNO, Partnerschaft für den Frieden, NATO

WIRTSCHAFT

Währung: 1 Forint (Ft) = 100 Fillér; 1 Euro = 244,67 Ft

BIP: pro Kopf 2001: 11.900 Euro; Wachstum 2001: +3,8 %

Inflation: 2001: 9,1 %

Arbeitslosigkeit: 2001: 5,7 %

Erwerbstätige in der Landwirtschaft: 2001: 6,1 %

PROBLEMBEREICHE MIT DER EU

Probleme gibt es bei der Umsetzung des veterinärmedizinischen Besitzstandes, der Vorschrift bei der Größenkontrolle von Importfischen, der Verabschiedung des Gasgesetzes und verschiedener umweltschutzrechtlicher Bestimmungen. Die rasche Umsetzung von getroffenen Entscheidungen zur besseren Bekämpfung der Korruption ist notwendig. Der Verbesserung der Lage der Roma, die als nicht gut integriert in die Sozialpolitik eingestuft werden, soll weiterhin besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Eine umfassende Gesundheitsreform ist notwendig und die Fortschritte in der landwirtschaftlichen und regionalen Verwaltung werden als zu gering erachtet. Das sog. Statusgesetz für die in den Nachbarländern lebenden ung. Minderheiten (gilt nicht für Ö) muss abgeändert werden.

VERBINDENDES UND/ODER TRENNEDES ZU ÖSTERREICH

geografische Nähe und Lage – gemeinsame Grenze Gemeinsame Grenze reicht wohl – Donau – einst Teil der Monarchie bzw. Doppelmonarchie – Sprache (finno-ugrisch, Ungarn ist eine „Sprachinsel“ in Mitteleuropa!) – Religion (Hälfte der Bevölkerung ist katholisch) – Mitgliedschaft in den teils selben internationalen Organisationen – große Bedeutung der Landwirtschaft (Weinbau!) – (Einkaufs-) Tourismus (z. B. Sopron, Plattensee) – ungarische Minderheit in Österreich – deutsche Minderheit in Ungarn – gemeinsame Küche (gegenseitige Beeinflussung)

VERTIEFENDE INFORMATIONEN

www-Adressen:

www.datenbank-europa.de/index.htm

europa.eu.int/scadplus/citizens/de/inter.htm

www.europa-digital.de/laender/

www.europainfo.at

www.europajugend.at

Broschüren

Die Erweiterung der EU – Die EU-Beitrittskandidaten stellen sich vor, hg. v. EFB – Europäische Föderalistische Bewegung. Feldbach 2001

Die Broschüre ist kostenlos zu bestellen bei: EFB-Europäische Föderalistische Bewegung
8330 Feldbach, Jahnweg 5
Tel.: +43 03152/2497 Fax: DW 14, E-Mail: die.europaer@europajugend.at

ZYPERN (Kýpros)

Fläche: 622.984 km²

Einwohnerzahl: 0,8 Mio.

Bevölkerung: griechische Zyprioten und türkische Zyprer; 85,1 % griechische Zyprioten, 11,7 % türkische Zyprer; Maroniten, Armenier, Latiner u. a.

Sprachen: Amtssprachen: 80 % Griechisch, 20 % Türkisch; Englisch (Bildungs- und Verkehrssprache)

Religion: 80 % orthodoxe Christen (Griechen), 19 % Sunniten (Türken); Minderheiten von armenischen Christen, Maroniten, Katholiken und Anglikanern

Demokratiezentrum Wien

Onlinequelle: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 47-57.

Hauptstadt: Lefkosía/Lefkoşa

Die im östlichen Mittelmeer gelegene Insel war stets Kreuzungspunkt und Zankapfel europäischer und orientalischer Kultur. Unterbrochen von Phasen der Unabhängigkeit lösten Ägypter, Assyrer, Perser, Hellenen, Römer, Byzantiner, Franzosen, Italiener, Osmanen und Briten einander als Herrscher ab. 1960 wurde Zypern souverän. Vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen Griechenland und der Türkei kam es 1974 zur Besetzung des Nordens durch die Türkei und zur Teilung Zyperns.

POLITIK

Politisches System: Präsidentialrepublik (im Commonwealth) seit 1960 – Verfassung von 1960 – Parlament mit 80 Mitgliedern, davon 56 für griechische Zyprioten, 24 für türkische Zyprioten (vakant) – Wahl alle 5 Jahre – Direktwahl des Staatsoberhauptes alle 5 Jahre – Wahlpflicht ab 18 Jahren.

Politische Führung: Staats- und Regierungschef: Glafkos John Klerides (DISY); Außenminister: Yiannakis Kassoulides (DISY)

Parteien: Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (AKEL), Demokratische Sammlungsbewegung (DISY), Demokratische Partei (DIKO), Vereinigte Demokraten (EDI)

Verwaltung: 6 Distrikte

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen: Europarat, Commonwealth, OSZE, IWF, UNO, WTO

WIRTSCHAFT

Währung: 1 Zypern-Pfund (Z£) = 100 Cent;

BIP: pro Kopf 2001: 18.500 Euro; Wachstum 2001: +4,0 %

Inflation: 2001: 2,0 %

Arbeitslosigkeit: 2001: 4,0 %

Erwerbstätige in der Landwirtschaft: 2001: 4,9 %

PROBLEMBEREICHE MIT DER EU

Handlungsbedarf ist bei der Einrichtung des Registers von Fischereifahrzeugen und der Rechtsangleichung hinsichtlich der Erdölvorräte und der Elektrizitätsrichtlinien erforderlich. Die griechisch-türkischen Beziehungen sorgen immer wieder für Spannungen.

VERBINDENDES UND/ODER TRENNENDES ZU ÖSTERREICH

Geografische Entfernung – österreichischer UNO-Einsatz – Religion (kaum Katholiken, in erster Linie Christen) – Mitgliedschaft in den teils selben internationalen Organisationen – Tourismus (beliebtes Urlaubsziel der ÖsterreicherInnen)

VERTIEFENDE INFORMATIONEN

www-Adressen:

www.datenbank-europa.de/index.htm

europa.eu.int/scadplus/citizens/de/inter.htm

www.europa-digital.de/laender/

www.europainfo.at

www.europajugend.at

Broschüren

Die Erweiterung der EU – Die EU-Beitrittskandidaten stellen sich vor, hg. v. EFB – Europäische Föderalistische Bewegung. Feldbach 2001

Die Broschüre ist kostenlos zu bestellen bei: EFB-Europäische Föderalistische Bewegung
8330 Feldbach, Jahnweg 5

Tel.: +43 03152/2497 Fax: DW 14, E-Mail: die.europaer@europajugend.at

Autorin/Autor Erhard Busek / Susan Milford • Titel: Die (alten) neuen Europäer: Wer sind die zukünftigen EU-Mitglieder?

Quelle Print: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 47-57 • Quelle online: www.demokratiezentrum.org

Demokratiezentrum Wien

Onlinequelle: www.demokratiezentrum.org

Quelle Print: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 47-57.

Quellen:

Boden, Martina: Chronikhandbuch Europa. Gütersloh/München 1998.

Baratta, Mario von (Hrsg.): Der Fischer Weltalmanach 2003. Frankfurt am Main 2002.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Auf dem Weg zur erweiterten Union – Strategiepapier und Bericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt. Brüssel 2002.

http://europa.eu.int/comm/enlargement/index_de.html

<http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/>